

Aargauer Zeitung

abo+ AARGAUER SCHULEN

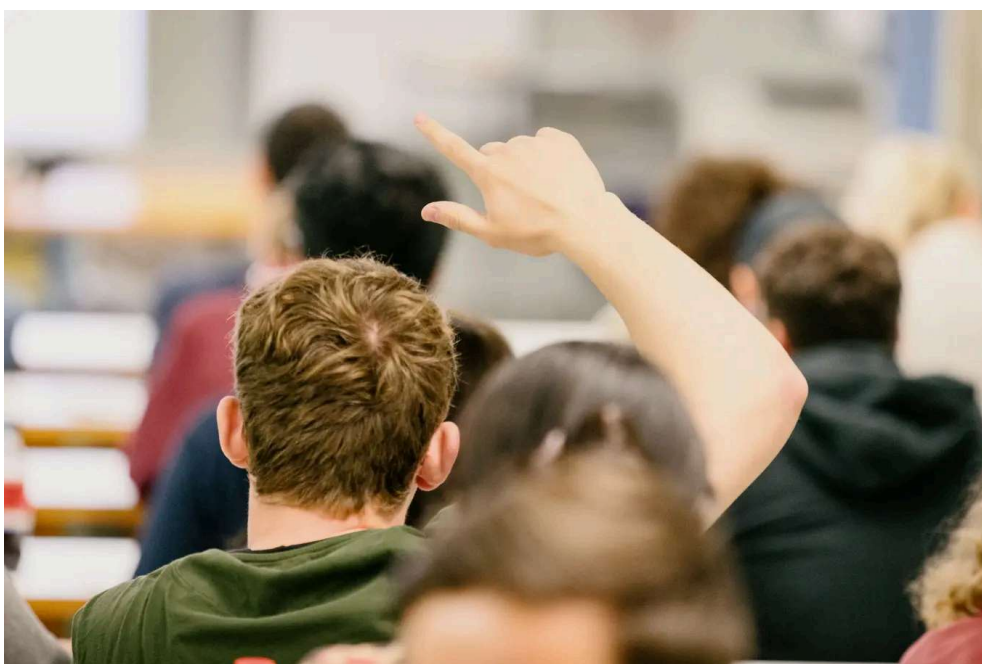
Sind die Kantis wirklich neutral? Bürgerliche interpretieren das Studienresultat anders als der Regierungsrat

Der Unterricht an den Aargauer Mittelschulen sei politisch neutral, sagt die vom Grossen Rat in Auftrag gegebene Untersuchung. Die Urheber des Vorstosses sehen das anders.

Eva Berger

13.05.2023, 05.00 Uhr

abo+ **Exklusiv für Abonnenten**



Politisch rechts stehende Schüler fühlen sich in Debatten in der Schule eher diskriminiert. Das zeigte die Sotomo-Studie.

Bild: Valentin Hehli

Der Regierungsrat erkennt angesichts der [Resultate aus der Sotomo-Studie zur Neutralität an den Aargauer](#)

Mittelschulen keinen Handlungsbedarf. Diese sei gewährleistet.

FDP-Grossrat Adrian Schoop interpretiert die Ergebnisse anders. Von ihm stammt das Postulat, das die Untersuchung im letzten Jahr forderte. Er sei erstaunt über das Fazit des Regierungsrats, sagt er auf Anfrage. «Die Regierung hätte genauso gut schreiben können, dass die Neutralität nicht gewährleistet ist.»

Diesen Umstand sieht Schoop gegeben, weil sich laut Studie ein Teil der Schülerinnen und Schüler in der politischen Diskussion in der Schule (gelegentlich) benachteiligt fühlen. Vertiefte Analysen von Sotomo zeigen, dass dies vor allem Schülerinnen und Schüler betrifft, die politisch (eher) rechts stehen. Die Benachteiligung komme dabei nicht von den Lehrpersonen, sondern von den Mitschülerinnen und Mitschülern.



Adrian Schoop, Grossrat FDP.
Bild: PD

Soziale Konsequenzen für rechts Denkende

«Es schockiert mich, dass sich drei Viertel der eher rechts denkenden Schüler diskriminiert fühlen und sich nicht trauen, an einer Debatte teilzunehmen», so Schoop. Lehrpersonen und Schulleitungen müssten ein Sensorium für eine nicht diskriminierende Diskussionskultur haben, findet er. Dass rechts denkende

Schülerinnen und Schüler mit sozialen Konsequenzen rechnen müssten, wenn sie ihre Meinung äussern, gehe klar gegen die politische Neutralität der Schulen.

Fünf Prozent der Schülerinnen und Schüler, die sich überhaupt politisch verorten können, sehen sich selber als rechts. «Auch wenn es nur eine kleine Minderheit betrifft, muss man das ernst nehmen», so Schoop. Es erstaune ihn nicht, dass Mittelschüler sich selber viel häufiger links oder in der Mitte positionieren. «Doch umso wichtiger ist es, politische Neutralität im Unterricht herzustellen.» Das betreffe andere Minderheiten, etwa im Rahmen der Genderdebatte, genauso.

Ähnlich wie Schoop argumentieren die Jungparteien von SVP und FDP. «Bürgerlich denkende Schüler werden diskriminiert und schikaniert», schreibt die Junge SVP in einem Communiqué. «Es gibt nicht nur eine Zurückhaltungspflicht der Lehrer, sondern auch eine Handlungspflicht», schreiben die Jungfreisinnigen. Es gehöre zur Aufgabe der Lehrpersonen, den Meinungs austausch zu ermöglichen. [Drei Jungfreisinnige hatten an der Kanti Baden die Maturarbeit verfasst](#), welche zu Schoops Postulat und schliesslich zur Untersuchung führte.

Lehrerverband sieht kein strukturelles Problem

«Gäbe es einen derartigen Missstand, hätten wir davon längst Kenntnis», sagt hingegen Kathrin Scholl, die Präsidentin des Aargauischen Lehrerinnen- und Lehrerverbands. Dass sich wenige Schülerinnen und

Schüler diskriminiert fühlen, zeige vor allem, dass die Debattenkultur an Schulen thematisiert werden müsse.

Das Gefühl, benachteiligt zu werden, komme von Mitschülern und stelle darum kein strukturelles Problem der Schule dar – die

Lehrpersonen seien sich offensichtlich ihrer

Verantwortung bewusst. «Es

zeigt aber, wie die Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichen Meinungen umgehen. Diesen Umgang muss man noch einmal anschauen.»

Bei Mittelschülerinnen und Mittelschüler handle es sich um bald erwachsene Leute mit guter Denk- und Reflexionsfähigkeit, gibt Scholl zu bedenken. «Von ihnen erwarte ich eigentlich, dass sie mit unterschiedlichen Meinungen umgehen können.» Zur Kantonsschule gehöre es schliesslich auch, Debatten zu führen und seine politische Haltung zu entwickeln.

Insgesamt ist Kathrin Scholl mit dem Ergebnis der Untersuchung zufrieden. «Es ist das, was wir erwartet haben: Die Lehrpersonen gehen mit ihrer Verantwortung sehr professionell um.» Sie habe aber auch Verständnis für jene Lehrpersonen, welche die Studie als Misstrauensvotum auffassten. Insgesamt sei es gut, dass



Kathrin Scholl, Präsidentin ALV.

Bild: Sandra Ardizzone

das Kapitel um diese Untersuchung jetzt abgeschlossen werden könne.

Auch Wirtschaftswochen kritisieren?

«Ausser Spesen nichts gewesen», schreibt die SP in einer Medienmitteilung zum Studienresultat. Man frage sich, ob es der FDP wirklich um die politische Neutralität gehe. Wäre es ihnen ernst damit, müssten auch Wirtschaftswochen, wie sie jüngst an der Neuen Kanti Aarau durchgeführt wurden, kritisiert werden. Der Kanton habe aber andere Herausforderungen zu lösen, als Zeit und Ressourcen in solche Umfragen zu investieren.

Auch die Mitte äussert sich in einer Mitteilung zum Sotomo-Ergebnis. Sie sei erfreut über das Resultat, es zeige klar die Professionalität der Lehrpersonen im Umgang mit politischen Themen auf. Nur: «Dass für diesen Beweis eine Studie für 67'000 Franken gemacht werden musste, erachten wir im Rahmen der finanziellen Ressourcen als bedenklich.»